

Grosser Gemeinderat Interlaken

Protokoll der 6. Sitzung

Dienstag, 19. Oktober 2021, 19:30 Uhr, Aula Schulanlage Alpenstrasse

Vorsitz	Michel Paul, FDP	
Stimmen- zählende	Thali Irene, SP Zürcher Ueli, GLP	
	<i>weiter anwesend</i>	<i>abwesend</i>
FDP	Trafelet Michelle, Fuchs Nils, Boss Pia, Fuchs Oliver, Daumüller Fredi	Chevrolet André
SVP	von Allmen Marcel, Roth Andreas, Schenk Daniel, Brönnimann Alexandra, Nyffeler Christian, Häsler Erich, Oehler Dimitri	
SP	Simmler Dorothea, Rougy Dimitri, Holzer Jürg	Simmler Florian, Liechti Anja
GLP	Nyffeler-Lanker Manuela, Frederiksen Lars,	Foiera-Brönnimann Franziska, Maag Dominic
Grüne	Hänggi Sandra	von Hintzenstern Susanne
EVP	Dummermuth Andreas, Amacher Sabrina	
EDU	Balmer Ueli	
	<i>ohne Stimmrecht</i>	
JUPA		Mühlemann Aimé
Gemeinde- rat	Ritschard Philippe, Boss Kaspar, Betschart Christoph, Christ Franz, Michel Peter, Ritschard Andreas, Fuchs Nils	
Protokoll	Goetschi Philipp	

Traktanden

45. Protokoll
46. Budget 2022
47. Sanierung Gemeindehaus und Neuorganisation Arbeitsplätze, Ausführungskredit
48. Orientierungen/Verschiedenes

Ratspräsident Paul Michel begrüsst das neue Ratsmitglied Roger Rüegger (für Nils Fuchs) und Nils Fuchs erstmals in der Funktion als Gemeinderat. Zudem bestimmt er Irene Thali und Ueli Zürcher als Stimmzählende für die abwesenden Franziska Foiera-Brönnimann und Susanne von Hintzenstern.

45 B3.D Protokolle (Grosser Gemeinderat, Gemeinderat, Organe, Behörden)

Protokoll

Beschluss:

Das Protokoll der 5. Sitzung vom Dienstag, 24. August 2021, wird stillschweigend genehmigt.

46 F3.08.22 Budget 2022

Budget 2022

Die Geschäftsprüfungskommission hat keine Bemerkungen.

Gemeinderat Christoph Betschart erläutert die umfangreichen, schriftlich abgegebenen Unterlagen noch mündlich.

Oliver Fuchs dankt für die Ausführungen und stimmt für die FDP dem einigermaßen ausgeglichenen Budget zu.

Erich Häsler schliesst sich dem Dank an. Sein Weckruf vom Januar habe offenbar nicht gefruchtet. Wenn die Finanzen schlechter laufen würde, was mit der seit März 2019 andauernden Krise der Fall sei, müsse gespart werden. Der Gemeinderat halte im Finanzplan 2021 bis 2025 selber fest, dass das Haushaltgleichgewicht zwingend zu wahren sei. Davon spüre er nichts. Er verstehe nicht, dass bei so schlechten Finanzen in jeder GGR-Sitzung doch immer wieder ein grosses Investment zum Beschluss vorgelegt werde.

Gemeinderat Christoph Betschart beantwortet, der Gemeinderat habe die Strategie einer stabilen Planungsgrundlage. Er kalkuliere mittel- bis langfristig. Die Pandemie belaste die Gemeindefinanzen, doch habe die Gemeinde zehn gute bis sehr gute Jahre gehabt, die es erlaubt hätten, ein Polster anzulegen. Der Gemeinderat sei überzeugt, dass sich der Tourismus erholen werde und ab 2023/2024 wieder zunehmende Steuererträge generiert werden könnten. Es brauche keine Hü-und-Hott-Politik mit drastischen Sparmassnahmen. Ein Hinausschieben von Investitionen sei kein Sparen, sondern führe zu aufgestautem Investitionsbedarf. Der Gemeinderat sei nicht untätig gewesen und habe das teuerste Projekt aus der Investitionsplanung gekippt. Viele Budgetpositionen liessen sich nicht oder nicht kurzfristig beeinflussen, weil sie vom Kanton vorgegeben seien oder auf Verträgen beruhen würden. Wenn die Situation länger anhalte und sich die Steuereinnahmen nicht erholen würden, müsse der Gemeinderat über die Bücher gehen. Er sei jedoch von einer kommenden Erholung überzeugt.

Manuela Nyffeler-Lanker dankt für die GLP/EVP ebenfalls. Sie sehe, dass im Energiebereich etwas gehe, was sie als positiv beurteile. Fragezeichen habe sie im Bereich der Wirtschaftsförderung, die in den Zielen des Gemeinderats erwähnt sei. Warum seien die freien Kredite des Gemeinderats und des Gemeindepräsidenten auf 60 Prozent reduziert worden und was beinhalte das Konto 8406.3635.12, Beiträge Wirtschafts-/Tourismusförderung, das gegenüber 2020 reduziert worden sei?

Gemeinderat Christoph Betschart bemerkt, die Gemeinderats- und Gemeindepräsidentenkredite seien als gutes Beispiel bewusst gekürzt worden, da der Gemeinderat auch von den anderen Budgetverantwortlichen Kürzungen verlangt habe. Diese freien Kredite seien nicht zweckgebunden und könnten frei eingesetzt werden. Unter Wirtschaftsförderung könne Unterschiedliches verstanden werden. Sei Wirtschaftsförderung einfach ein Geldverteilen oder die Schaffung guter Rahmenbedingungen? Der Gemeinderat habe keine Beiträge für die Wirtschaftsförderung auf Vorrat budgetieren wollen, wenn nicht bekannt sei, was gefördert werden solle und könne. Konkrete Gesuche könnten jederzeit eingereicht und würden vom Gemeinderat auch geprüft werden. Zu Konto 8406.3635.12 hält er nach Rückfrage bei *Finanzverwalter Hans Wenger* fest, es handle sich um ein Sammelkonto, in dem verschiedene Beiträge zusammengefasst seien. *Gemeindeschreiber ad interim Philipp Goetschi* zählt die Einzelbeträge, die in den budgetierten 31'000 Franken zusammengefasst seien, detailliert auf.

Dimitri Rougy dankt für die geleistete Arbeit und unterstützt das Budget für die SP/Grünen. Es gebe zwar Warnsignale, aber für eine Panikmache bestehe kein Grund. Die vorliegende vorsichtige Budgetierung sei richtig.

Beschluss:

1. Das Budget 2022 mit einem Gesamtaufwandüberschuss von CHF 859'405.00 wird genehmigt.

		Aufwand		Ertrag
Gesamthaushalt	CHF	36'345'940.00	CHF	35'486'535.00
Aufwandüberschuss			CHF	859'405.00
Allgemeiner Haushalt	CHF	31'151'490.00	CHF	30'193'535.00
Aufwandüberschuss			CHF	957'955.00
SF Abwasser	CHF	3'332'400.00	CHF	3'444'600.00
Ertragsüberschuss	CHF	112'200.00		
SF Abfall	CHF	1'183'200.00	CHF	1'149'900.00
Aufwandüberschuss			CHF	33'300.00
SF Liegenschaften FV	CHF	678'850.00	CHF	698'500.00
Ertragsüberschuss	CHF	19'650.00		

2. Für das Jahr 2022 werden festgesetzt:
- die Steueranlage unverändert auf das 1,67-fache der für die Kantonssteuer geltenden Einheitsansätze,
 - die Liegenschaftssteuer unverändert auf 1,5 Promille des amtlichen Werts.
3. Das Geschäft untersteht dem obligatorischen Referendum.

(24:0 Stimmen)

47 L3.03 Gemeindehaus

Sanierung Gemeindehaus und Neuorganisation Arbeitsplätze, Ausführungskredit

Die Geschäftsprüfungskommission hat keine Bemerkungen.

Gemeindepräsident Philippe Ritschard ergänzt die schriftlichen Ausführungen. Der Gemeinderat bekenne sich zum heutigen Standort der Gemeindeverwaltung. Das Gemeindehaus befinde sich in einer Zone für öffentlichen Nutzung Gemeindehaus. Ein Verkauf der Liegenschaft erfordere eine Zonenplanänderung. Die Lage, die Sichtbarkeit und die Auffindbarkeit der Gemeindeverwaltung seien ausgezeichnet. Die Grösse entspreche den Anforderungen. Das denkmalgeschützte Gebäude mit seiner bedeutenden Geschichte sei der Ausstrahlung von Interlaken als weltbekannter Tourismusort angemessen. Eine geeignete Bauparzelle für einen Neubau sei nicht vorhanden und Miete oder Stockwerkeigentum seien für eine Verwaltung nicht zweckdienlich oder mit zu grossen Unsicherheiten verbunden. Die Sanierung sei jetzt angezeigt, weil die Heizung reparaturanfällig sei. Ein Ersatz der Heizung ohne gleichzeitige energetische Dachsanierung führe zu keinen Einsparungen. Die Elektroverteilung habe eine Galgenfrist bis anfangs 2024 und führe für sich alleine zu baulichen Anpassungen im Innenbereich, die kostengünstiger seien, wenn sie zeitgleich mit den anderen im Innern geplanten Änderungen erfolgen könnten. Eine Etappierung erfordere erhöhten Koordinationsaufwand und führe zwangsläufig zu Mehrkosten. Die Behinderungen der Kundschaft und der Verwaltung würden sich bei einer Etappierung über mehrere Jahre erstrecken.

Gemeinderat Franz Christ erinnert daran, dass die Gemeinde die Villa Cranz 1977 gekauft und für die Gemeindeverwaltung umgebaut habe. Die Verwaltung sei im Oktober 1978 bezogen worden. In den folgenden über 40 Jahren seien keine grossen Unterhaltsarbeiten vorgenommen worden. Die in den letzten Jahren vorgenommenen Ertüchtigungen der Korridore im 1. und 2. Stock seien im Sanierungsprojekt berücksichtigt und nicht verloren. Der Zeitpunkt der Sanierung sei nicht ideal, aber er sei nie ideal. Die Elektroanlagen seien technisch abgeschrieben und die reparaturanfällige Heizung müs-

se ersetzt werden. Der Standort der Verwaltung und das Verwaltungsgebäude seien für Interlaken richtig.

Architekt Andreas Fuchs erläutert das vorgesehene Raumkonzept mit der Zusammenfassung zusammengehörender Verwaltungseinheiten je auf einem Geschoss. Es sei versucht worden, an der Statik so wenig wie möglich zu ändern, um die Kosten tief zu halten. Daneben sei die Technik zu erneuern, insbesondere die Elektroverteilung und die Heizung, bei der von Öl zu einer Wärmepumpe gewechselt werde. Beim Bauablauf sei darauf geachtet worden, dass kein Verwaltungsbereich mehr als einmal ins Provisorium und zurückziehen müsse.

Andreas Dummermuth hält fest, die EVP/GLP habe sich sehr schwer getan mit dem Projekt. Der Zeitpunkt für solche Investitionen sei falsch. Er gehe davon aus, dass die Bevölkerung nicht bereit sei, den Kredit für das vorliegende Projekt zu genehmigen. Das Geschäft müsse zurückgestellt werden. Er **beantrage Nichteintreten**.

Beschluss:

Das Eintreten wird mit 14:9 Stimmen abgelehnt.

Gemeinderat Franz Christ zeigt sich enttäuscht von dieser klaren Entscheidung. Dieser verschiebe aktuelle Probleme einfach in die Zukunft. Die Elektroanierung sei zwingend und der Gemeinderat werde diese kurzum vorlegen müssen. Der GGR-Entscheid müsse akzeptiert werden und damit sei die Übung abgebrochen.

Die folgende Diskussion erfolgt im Traktandum Verschiedenes, wird jedoch, da zum Geschäft gehörend, hier protokolliert.

Michelle Trafelet möchte sich doch noch zum Traktandum des Gemeindehauses äussern. Sie erinnert daran, dass der Grosse Gemeinderat den Energierichtplan angenommen habe, der behördenverbindlich verlange, dass Verwaltungsliegenschaften energetisch saniert würden. Es sei nicht konsequent, wenn das Parlament nun auf die erste Vorlage, die eine solche energetische Sanierung beinhalte, nicht einmal eintrete. So habe nicht darüber diskutiert und aufgezeigt werden können, dass diese Sanierung notwendig sei. Für eine Gemeinde wie Interlaken werde es recht peinlich sein, wenn dann im Januar 2024 das eidgenössische Starkstrominspektorat eine Zwangssanierung der Elektroinstalltionen verfüge. Dies werde geschehen, wenn der Elektroersatz nicht vorher erfolgen könne. Sie habe die Besichtigungsmöglichkeit im Gemeindehaus geschätzt, die aufgezeigt habe, was alles in und an diesem Gebäude zu machen sei. Nach dem heutigen Entscheid müsse der Bund reagieren.

Oliver Fuchs möchte ebenfalls kurz auf das zurückkommen, was vorhin passiert sei. Die Art und Weise, wie man das Gemeindehausprojekt abgeschlossen habe, müsse wie eine Ohrfeige für anwesende Personal gewirkt haben. Es sei dem Parlament nicht würdig, nicht einmal eine Diskussion zu ermöglichen. Dies sei eine der unschönsten Dinge, die er in seiner GGR-Zeit erlebt habe. Der Grosse Gemeinderat werde das Projekt sicher später noch einmal zu behandeln haben und dann werde es teurer sein.

Dimitri Rougy stört sich am Nichteintretensentscheid. Nichteintreten bedeute, dass das Parlament grundsätzlich nichts von diesem Geschäft wissen wolle. Das entspreche wohl nicht der Absicht hinter dem Nichteintretensantrag. Nun wüssten weder der Gemeinderat noch die Verwaltung, was sie tun sollen. Mit Eintreten hätte diskutiert und das Geschäft allenfalls mit Vorgaben an den Gemeinderat zurückgegeben werden können. Es sei sehr schwach für einen Grossen Gemeinderat, so auf ein Projekt zu antworten, das so gut und umfangreich vorbereitet worden sei und pfannenfertig auf dem Tisch liege. Es gehe nicht, das Gemeindehaus abzulehnen, weil man enttäuscht sei, dass das Aulageschäft nicht weiterbearbeitet werden soll. Es sei nicht verständlich, dass die engagierten Ausführungen des Gemeindepräsidenten, des Ressortvorsteher und des Architekten keine einzige Rückmeldung aus dem Parlament erhalten hätten. Er sei sehr enttäuscht, nicht, weil er der Meinung gewesen sei, dass es das perfekte Projekt gewesen sei, sondern weil er gehofft habe, sich seine definitive Meinung aufgrund einer umfassenden Diskussion im Rat bilden zu können.

Erich Häsler erhielt an der Besichtigung des Gemeindehauses vor einer Woche den Eindruck, dass sich das Gebäude in einem sehr guten Zustand befinde. Die Gemeinde müsse in der heutigen Zeit sparen und das Sanierungsprojekt könne problemlos nach hinten geschoben werden.

Roger Rüeegger **beantragt** auf den Nichteintretensentscheid zurückzukommen und diesen in **Wiedererwägung** zu ziehen. Er begründet dies damit, dass bereits drei GGR-Mitglieder unter Verschiedenem festgehalten hätten, dass sie das Geschäft gerne diskutiert gehabt hätten. Er möchte diese Diskussion mit seinem Wiedererwägungsantrag ermöglichen.

Marcel von Allmen bittet um einen Sitzungsunterbruch.

Ratspräsident Paul Michel unterbricht die Sitzung um 21.10 Uhr für zehn Minuten.

Beschluss:

Der Wiedererwägungsantrag Rüeegger wird mit 23:1 Stimmen angenommen.

Ratspräsident Paul Michel nimmt die Beratung des Geschäfts mit der nochmaligen Eintretensfrage wieder auf.

Das Eintreten auf das Geschäft wird diesmal nicht bestritten.

Michelle Trafelet stimmt der Vorlage für die FDP zu. Sicher gehe es um viel Geld und der Zeitpunkt sei nicht gut. Den perfekten Zeitpunkt gebe es aber nie. Allfälliges Sparpotenzial müsse genutzt werden. Das Bauen werde nicht billiger. Das heutige Gemeindehaus vermöge verschiedene gesetzliche Vorgaben nicht mehr zu erfüllen. Die Elektrounterverteilung müsse erneuert werden. Auch der Sicherheitsaspekt des Personals sei wichtig. Heute könne jedermann direkt in die Büros laufen. Es gebe keine Personenkontrolle. Eine gewisse Radikalisierung sei spürbar. Fluchtwege in Büros und Sitzungszimmern seien mit der heutigen Raumeinteilung vielfach abgeschnitten. Die Ausführungen zum Projekt seien überzeugend gewesen. Es sei ein zukunftsträchtiges Projekt. Auf Homeoffice oder Desksharing werden Rücksicht genommen. Die Heizung müsse saniert werden. Eine Sanierung unter Zeitdruck bei einem Heizungsausfall sei teuer. Das Parlament habe den Energierichtplan angenommen und die Gemeinde zu energetischen Sanierungen ihrer Liegenschaften verpflichtet. Die Finanzierung sei gewährleistet und tragbar. Eine Verschiebung des Projekts verteuere dieses nur, auch wegen der teurer werdenden Baumaterialien.

Marcel von Allmen bestreitet nicht, dass es sich um ein schönes, wünschenswertes Projekt handle, das gut ausgearbeitet sei. Der Zeitpunkt sei jedoch denkbar schlecht. Ein bisschen Luxusvariante sei es schon, wenn berücksichtigt werden, dass das Nebengebäude in Anführungszeichen zu einer Wellnessoase für Mitarbeitende werden solle. Das Vorhaben widerspreche dem Investitionsplan. 2023 seien 9,313 Mio. Franken in den Investitionsplan eingestellt. Sei das wirklich noch alles tragbar? Heute sei das Budget 2022 mit einem Selbstfinanzierungsgrad von 32 Prozent verabschiedet worden. Er habe deshalb Bedenken bezüglich der Tragbarkeit. Die SVP habe das Nichteintreten unterstützt, weil sie davon ausgehe, dass das Stimmvolk ein Sparen verlange, und Angst habe, dass das Projekt vor dem Volk scheitere. Eine Gemeindehaussanierung 2023 sei nicht machbar. Er stelle den **Antrag**, das Projekt um ein Jahr zu verschieben.

Gemeinderat Franz Christ dankt, dass die Wiedererwägung beschlossen worden sei. Es sei schon ungewöhnlich, dass nicht einmal darüber gesprochen werde, wen eine gut vorbereitete Vorlage präsentiert werde. Dem Votum von Michelle Trafelet zu den Gründen für ein Vorantreiben des Projekts könne er zustimmen. Andererseits glaube er aber auch, dass ein Hinausschieben sein müsse. Er pflichte dem bei und sei bereit, den Baubeginn auszureizen. Die Urnenabstimmung könnte zurückgestellt werden und im Herbst 2022 stattfinden, so dass der Baubeginn nach der Baubewilligungsphase weit im 2023 liegen würde. Allerdings sollte der Grosse Gemeinderat heute offenlegen, ob er die Sanierung wolle oder nicht.

Sabrina Amacher findet das Projekt grundsätzlich auch gut. Dennoch **beantrage** sie, das Projekt zu redimensionieren. Nur was zwingend notwendig sei, solle gemacht werden: die Hülle und die Infrastruktur, aber keine Veränderung von Räumlichkeiten.

Dimitri Rougy hat keine Angst vor den Stimmberechtigten. Es brauche mutige Entscheide und eine gute Abstimmungsvorlage. Die Gemeindehaussanierung sei kein günstiges Vorhaben, aber günstiger werde es nimmer, weshalb er zustimme und überzeugt sei, dass die Ausführung jetzt erfolgen sollte. Froh wäre er für nochmalige Ausführungen zur Tragbarkeit.

Gemeindepräsident Philippe Ritschard lehnt eine Etappierung ab. Eine solche würde das Projekt verteuern. Die Absicht des Gemeinderats sei es, alles was zusammenhänge, gleichzeitig zu machen. Dies sei die preiswerteste Variante. Mit einer Verschiebung um ein Jahr und der Terminvorgabe bei den Elektroinstallationen könnten die Arbeiten nicht mehr in der vorgesehenen Reihenfolge ausgeführt werden.

Dorothea Simmler stellt fest, dass sich der Grosse Gemeinderat seit zehn Jahren schwer tue mit Budgetanpassungen. Es werde geklagt, dass zu viel Geld ausgegeben werde, aber trotzdem würden immer wieder neue Ausgaben mit dem Argument beschlossen, das Geld sei ja vorhanden. Das stimme nun nicht mehr. Die Situation habe sich verändert. Es sei Kaffeesatzlesen, welche Einnahmen in den nächsten Jahren generiert werden könnten. Hier könne nun endlich einmal ein nicht dringliches Geschäft zurückgestellt werden. Es würden keine Subventionen verloren gehen. Das Geschäft dürfe nicht zerstückelt werden, solle als Ganzes zurückgestellt werden und dann einfach später in der vorgesehenen Bauzeit ausgeführt, wenn erwiesen sei, dass es die Finanzen erlauben würden. Gegen den Vorwurf der Wellnessoase wehre sie sich hingegen. Was diesbezüglich vorgesehen sei, sei heute Standard. Ihre Haltung sei zusammengefasst: Einmal konsequent sein und dazu stehen – jetzt nicht, weil wir es nicht vermögen und nicht wissen, welche Einnahmen kommen werden.

Erich Häsler bezweifelt, dass es bei einer Verschiebung nicht günstiger werde. Es gebe heute weltweit Lieferkettenproblem. Die Rohstoffe seien sehr teuer. Es könne deshalb nur günstiger werden.

Oliver Fuchs kann die Mehrkosten bei einer Verschiebung nicht abschätzen und auch nicht die Folgen einer Verschiebung.

Gemeinderat Franz Christ bestätigt, dass der schwierigste Punkt der Elektroersatz mit dem fix vorgegebenen Datum sei. Die Heizung halte vielleicht noch drei bis fünf Jahre, sei aber sehr störungs- und reparaturanfällig. Die schlechte Wärmeverteilung im Gemeindehaus lasse sich mit der heutigen Heizung nicht zu lösen. Der Ausführungstermin könne um maximal ein Jahr verschoben werden.

Nach kurzer Beratung mit *Gemeindepräsident Philippe Ritschard* **zieht** *Gemeinderat Franz Christ* das Geschäft im Namen des Gemeinderats und im Interesse des Geschäfts **zurück**. Es werde im Sommer 2022 wieder vorgelegt werden.

Marcel von Allmen präzisiert, er habe nicht die Gemeindeverwaltung, sondern nur das Nebengebäude als Wellnessoase bezeichnet. Er erachte den Entscheid des Gemeinderats mit der Neuauflage in einem Jahre als zweckdienlich.

Gemeinderat Franz Christ erwähnt noch, dass zurzeit 14 Auswärtige auf der Gemeindeverwaltung arbeiten würden, die regelmässig den Mittag im Gemeindehaus verbringen oder Sport treiben würden. Eine einzelne Dusche in einer Garderobe sei kein Luxus. Ein Pausenraum und eine Garderobe müssten in einer öffentlichen Verwaltung Platz haben.

Andreas Dummermuth wollte mit seinem Nichteintretensantrag niemanden vor den Kopf stossen. Er sei froh für das Entgegenkommen des Gemeinderats, das Geschäft nun von sich aus zurückzuziehen. Möglicherweise sei die Situation in einem Jahr klarer. Er glaube nicht, dass das Bauen noch teurer werde, sonst könne bald niemand mehr bauen.

48 B3.E Orientierungen, Verschiedenes (Behörden und Organe, politische Aktivitäten)
Orientierungen/Verschiedenes

Wortmeldungen aus dem Gemeinderat

- *Vizegemeindepräsident Kaspar Boss*: Dienstaltersjubiläen Roland Lüthi (40 Jahre) und Hans-Heinz Hofer (25 Jahre) im Bereich Infrastruktur; weitere beschwerdebedingte Verzögerung der Sanierung des Wassersteins Ostbahnhofplatz.

Neue parlamentarische Vorstösse

G-Nr. 10'127

Dringliche Motion Nyffeler-Lanker/Dummermuth, Gesamtplanung Schulareal Alpenstrasse

Ratssekretär ad interim Philipp Goetschi verliest die von Manuela Nyffeler-Lanker und Andreas Dummermuth gemeinsam und mit sieben weiteren Mitunterzeichnenden eingereichte dringliche Motion: „Der Gemeinderat wird aufgefordert im Zusammenhang mit dem Mehrbedarf an Schulraum (Erweiterung Tagesschule Ost) an der Alpenstrasse und dem Projekt Gesamtplanung Aula Alpenstrasse folgende Optionen zu prüfen und dem Grossen Gemeinderat allenfalls entsprechende Kreditanträge zu unterbreiten:

1. Integration des zusätzlich benötigten Schulraums Tagesschule in die Gesamtplanung Aula Alpenstrasse.
2. Integration der Regionalbibliothek und Ludothek im Projekt Erweiterung Tagesschule Ost

Begründung der Dringlichkeit

Im Sinne einer verantwortungsvollen und zukunftsgerichteten Investitions- und Raumplanung sollten diese Optionen geprüft werden, bevor unter Zeitdruck ein Grossprojekt auf dem Schulhausareal realisiert wird, ohne die seit Jahren anstehende Sanierung der Aula oder den Raumbedarf der Regionalbibliothek gelöst zu haben."

Dringlichkeit

Ratspräsident Paul Michel unterbricht die Sitzung für fünf Minuten, damit das Büro des Grossen Gemeinderats über die Dringlichkeit befinden kann. Nach dem Sitzungsunterbruch teilt er mit, dass das Büro des Grossen Gemeinderats die Dringlichkeit bejahe.

Begründung

Manuela Nyffeler-Lanker erinnert, dass der Grosse Gemeinderat im Juni 2020 dem Antrag des Gemeinderats gefolgt sei, aufgrund der nicht absehbaren finanziellen Auswirkungen der Coronapandemie im Projekt Aula Alpenstrasse einen Marschhalt von maximal zwei Jahren einzulegen. Das Parlament habe dem Gemeinderat den Auftrag gegeben, diese Zeit zu nutzen, um eine Bedarfsanalyse durchzuführen und den Kreis der Nutzenden nochmals zu hinterfragen. Der Gemeinderat habe die Bödéli-Bibliothek Interlaken, die Ludothek und die Volkshochschule im September 2021 informiert, dass er dem Grossen Gemeinderat in der Dezembersitzung 2021 beantragen werde, auf die Weiterbearbeitung des Projekts Gesamtplanung Aula Alpenstrasse zu verzichten. Es werde in derselben GGR-Sitzung eine Kreditvorlage für ein neues Grossprojekt Erweiterung Tagesschule Ost unterbreitet. Beide Projekte würden das Schulhausareal an der Alpenstrasse betreffen und seien wichtige Vorhaben in Millionenhöhe. Mit der Erweiterung der Tagesschule Ost sei jedoch das seit Jahren bekannte Problem der sanierungsbedürftigen Aula nicht gelöst. Auch sei die mit der Gemeinde vereinbarte Nachfolgelösung für die Unterbringung der Regionalbibliothek nicht gelöst. Der Entscheid zur Sistierung des Projekts Gesamtplanung Aula Alpenstrasse entspreche weder dem Finanzplan 2021 bis 2025 noch den strategischen Zielen 2021 bis 2024 des Gemeinderats, die im Frühling 2021 kommuniziert worden seien. Hinzu komme, dass die Planungskosten von über einer halben Million Franken für die Gesamtplanung Aula Alpenstrasse ohne Ergebnis abgeschlossen werden müssten. Der Gemeinderat soll daher die Optionen prüfen, ob eine Integration des zusätzlich benötigten Schulraums in das Projekt Gesamtplanung Aula Alpenstrasse sinnvoll wäre. Als zweite Option soll eine Integration der Regionalbibliothek und Ludothek ins Projekt Erweiterung Tagesschule Ost geprüft werden.

G-Nr. 5334

Anfrage Simmler Dorothea, Sommer-Popup Des Alpes

Dorothea Simmler fragt, wie das Sommer-Popup Des Alpes gelaufen sei. Sie habe den Eindruck, dass dieses bei den Besucherinnen und Besuchern höchstens eine mässige Begeisterung ausgelöst habe, obwohl mit dem Riesenrad vis-à-vis ein schönes Ensemble bestanden habe. Weiter möchte sie wissen, wo der Gemeinderat in Sachen Restaurant Des Alpes stehe.

Gemeindepräsident Philippe Ritschard antwortet, die Abrechnung des Sommer-Popups sollte bis Ende Oktober vorliegen und dann wisse man, wie es gelaufen sei und welche Umsatzmiete sich für die Gemeinde noch ergebe. Diese Woche werde ein Inserat erscheinen, wonach sich Interessierte für eine Winterzwischenlösung für das Restaurant Des Alpes bewerben könnten.

Dorothea Simmler: Also wieder ein Popup?

Gemeindepräsident Philippe Ritschard bestätigt dies. Es gehe um eine Überbrückung, bis die Sanierungsarbeiten für das Restaurant Des Alpes anlaufen könnten. In der Baukommissionssitzung von nächster Woche werde das Architekturbüro bestimmt und anschliessend könne die Sanierungsvorlage vorbereitet werden.

Dorothea Simmler fragt nach, ob es nicht mehr René Schudel sein werde, der das Winter-Popup betreiben werde, und auf wann die Eröffnung des Winter-Popups geplant sei.

Gemeindepräsident Philippe Ritschard erwidert, es sei offen, wer das Winter-Popup betreiben werde. René Schudel sei informiert, dass es eine Ausschreibung für die Zwischennutzung gebe.

Gemeinderat Franz Christ ergänzt, die Zwischenlösung sei ab 1. Dezember bis Ende März 2022 vorgesehen. Im April 2022 sei dann der Sanierungsbeginn für das Restaurant geplant. Wer interessiert sei, könne sein Konzept für das Winter-Popup einreichen und ein Mietzinsangebot machen für das ganze Restaurantareal mit Pavillon oder nur für Teile.

Dorothea Simmler bezweifelt, dass ab April 2022 gebaut werden könne, da aufgrund der heutigen Informationen ja noch nichts vorbereitet sei.

Vizegemeindepräsident Kaspar Boss bestätigt, dass der Baubeginn der Renovationsarbeiten im heutigen Zeitpunkt nicht definiert werden könne.

Gemeinderat Franz Christ hält fest, dass die Sanierungskreditvorlage dem Grossen Gemeinderat vorgelegt werde, was *Dorothea Simmler* darin bestärkt, dass im Frühjahr 2022 mangels Zeitplan keine Sanierung begonnen werden könne. *Gemeinderat Franz Christ* ergänzt, dass der Gemeinderat die Abläufe straff halten wolle, aber manchmal seien die Wege halt lange.

Wortmeldungen aus dem Rat

Persönliche Erklärung von Ueli Balmer

Ueli Balmer teilt in einer persönlichen Erklärung mit, auch er sei auf der Suche nach der Wahrheit in Sachen Covid-Impfungen. Er rufe zu einem respektvollen Umgang in dieser Sache auf, auch zwischen Nichtgeimpften und Geimpften. In der Schule sollte auf Masken und Zertifikatspflicht verzichtet werden. Auch ein möglicher Blackout mache ihm Sorgen.

Schluss der Sitzung: 21:50 Uhr

Der Präsident

Der Protokollführer

Die Stimmzählenden